freiheit

Ausgabe 07/21

das österreichische arbeitnehmer- und arbeitnehmermagazin

Foto: adobestock.com

Nr. 07 / September 2021 Erscheinungsort Wien, Österreichische Post AG, Sponsoringpost, GZ 02Z033906S
Retouren an: Wiener Pressverein, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien

Geförderter Wohnbau in ganz Niederösterreich.

Niederösterreich

Leben mit Schwung.

Derzeit in Bau:

- Amstetten
- Kirchberg an der Pielach
- Kirchschlag
- Matzen
- Pernitz
- St. Pölten-Spratzern
- Stockerau
- Ternitz-Pottschach

Bezugsfertig:

- Erlauf
- Hochneukirchen
- Hollabrunn
- Marchegg
- Neunkirchen
- Ober-Grafendorf
- Randegg
- St. Aegyd
- St. Pölten (Büro in Miete)
- Schrattenberg
- Stössing

A: Architekt DI Haiden | Kirchberg an der Pielach

A: amm ZT GmbH | Ternitz-Pottschach

Weitere Infos erhalten Sie:

T 02236/405

© stock.xchng | iluzishan | Kirchberg: Wohnhaus: HWBSK 23,6 | fGEE 0,78 | RH: HWBSK 29,3 | fGEE 0,58 | Ternitz-Pottschach: HWBSK: 20,80 fGEE-Wert: 0,66

verkauf@nbg.at | www.nbg.at

NBG
NÖ Bau- und Siedlungsgenossenschaft

Foto: ÖAAB

christoph.zarits@oeaab.com
www.facebook.com/christoph.zarits

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser der freiheit!

Der Sommer ist vorbei und ein arbeitsintensiver Herbst steht bevor. Nach dem fulminanten Ergebnis von 99,4 Prozent am Bundesparteitag starten Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Team mit starkem Rückenwind in die Arbeit, damit Österreich weiter sicher, lebenswert und erfolgreich bleibt. Fünf Punkte stehen dabei im Mittelpunkt der Bemühungen: Die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, die Erhöhung des Familienbonus, intensive Anstrengungen Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen, massive Investitionen in Forschung, Bildung und digitale Infrastruktur, Hilfe vor Ort als Schlüssel in der Migrationsfrage und die Ökosoziale Marktwirtschaft als Antwort auf den Klimaschutz.

Es gibt also viel zu tun: Neben der Bewältigung der Pandemie und deren Folgen, steht das Wohl Österreichs und seiner Bewohnerinnen und Bewohner im Fokus. Vor allem eines liegt uns dabei besonders am Herzen: Den Bürgerinnen und Bürgern soll am Ende des Monats mehr Geld im Börserl bleiben. Daher ist eine Senkung der Steuertarifstufen auf 30 und 40 Prozent dringend notwendig! Dafür setzen wir uns in den kommenden Monaten ein!

Das Team der freiheit wünscht Ihnen viel Freude bei der Lektüre unserer aktuellen Ausgabe. Und vor allem: Gesund bleiben!

Ihre

Nikola König-Weixelbraun
***freiheit**-Chefredakteurin*

Tatkraft, Fleiß, Einsatz und Engagement für die Gemeinschaft sind Werte, die die Menschen in Österreich auszeichnen. Werte, die hier gelebt werden, im Beruf, in der Familie und in vielen anderen Bereichen, wo sich Menschen einbringen und engagieren. Diese ehrenamtlichen Leistungen sind ein wesentlicher Beitrag für den Zusammenhalt der österreichischen Gesellschaft. In allen Dörfern und Städten des Landes tragen sie dazu bei, dass Menschen aufeinander achten und das gesellschaftliche Miteinander belebt wird. Gerade im ländlichen Raum sichert ehrenamtliches Engagement auch wesentliche Leistungen, etwa im Sozialbereich, bei der Feuerwehr, bei den Blaulichtorganisationen, im Sport, in der Kultur oder in der Bildung.

SOLIDARITÄT IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

EIN GASTKOMMENTAR VON ÖAAB-GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Rund die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren engagiert sich in irgendeiner Form ehrenamtlich. D.h. jede und jeder Zweite stellt der Allgemeinheit ihre bzw. seine Arbeitskraft und Freizeit zur Verfügung.

Die Leistungen der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen kann man gar nicht genug wertschätzen. Es geht uns um die Anerkennung für die Menschen, die freiwillig mehr leisten, als sie leisten müssten. Menschen, die helfen, ohne danach zu fragen: Was bekomme ich dafür bezahlt? Ehrenamt muss den notwendigen Stellenwert bekommen und öffentlich noch sichtbarer werden.

Das Ehrenamt stärkt und erhält die Zivilgesellschaft, es schafft soziale Bindungen, trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, fördert die Lebensqualität und den sozialen Fortschritt. Das ehrenamtliche Engagement ist ein wichtiger Faktor für Integration. Es liegt ein enormes Potenzial im System des freiwilligen Engagements.

Als christlich-soziale Arbeitnehmervertretung ist für uns klar, dass wir dieses soziale Engagement sichtbar machen müssen. Wir müssen Ressourcen in diesem Bereich bündeln und Initiativen, wie z.B. das freiwillige soziale Jahr oder die gelebte Nachbarschaftshilfe, fördern und anerkennen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen an die Bedürfnisse der vielen Ehrenamtlichen angepasst werden. Denn Solidarität darf nicht als Selbstverständlichkeit empfunden werden, sondern muss auch unterstützt und gefördert werden.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Foto: BMEIA/Gruber

Wir werden nicht aufhören, unsere Werte zu verteidigen

Seit Jänner 2020 ist der Jurist Alexander Schallenberg Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten. Bereits 1997 ist er in den diplomatischen Dienst der Republik Österreich eingetreten. Seit damals war er in den verschiedenen Funktionen im Außenministerium tätig. Mit der *freiheit* hat er über die aktuelle Situation in Afghanistan und seine Pläne für die Außenpolitik in den kommenden Jahren gesprochen.

***freiheit*: Herr Bundesminister, wie war ihr Sommer?**

Alexander Schallenberg: Nach dem vergangenen Jahr, das jedem Einzelnen so viel abverlangt hat, hatten wir alle eine Sommerpause verdient. Ich konnte diese, so wie ich auch hoffe Sie, mit einer gehörigen Prise Vorsicht genießen, um die Batterien so gut als möglich aufzutanken. Aber wie wir sehen, ist nicht nur das Virus nicht vom Erdball verschwunden, auch die Brandherde in unserer Nachbarschaft ließen uns wenig Ruhe.

***freiheit*: Die Beziehung zwischen der EU und Russland ist immer wieder Gegenstand vieler Diskussionen. Erst vor kurzem war ja der russische Außenminister in Wien zu Gast. Wo steht Österreich in diesem Spannungsverhältnis?**

Schallenberg: Wir blicken auf eine lange, durchaus wechselhafte geprägte, Geschichte zurück. Doch auch, wenn wir oftmals auf anderen Seiten des Flusses standen, ist die Brücke zwischen uns noch nie abgerissen. Russland ist und bleibt Teil der europäischen Realität und ist unser größter geografischer Nachbar. Es ist daher folgerichtig, dass es viele Bereiche gibt, in denen wir unaufgeregt zusammenarbeiten. Denken wir nur an Energie, an Klimapolitik, oder auch an die Gespräche mit dem Iran. Und wir tun gut daran, zusammenzuarbeiten. Vergessen wir nicht, dass die EU mit Abstand der wichtigste Handelspartner für Russland ist. Umso wichtiger ist es, auch weiterhin im Dialog zu bleiben.

***freiheit*: Wo sehen Sie die größten Herausforderungen im Dialog mit Russland? Es gibt ja immer wieder auch Differenzen.**

Schallenberg: Ja, es gibt eine Reihe gravierender Differenzen. Österreich ist stolzes und integrales Mitglied der EU. Es schmerzt mich daher, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland derzeit auf einem Tiefpunkt sind. Demokratische Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung – erinnern wir uns nur an den Fall Navalny – dürfen in keinem Land der Welt als Bedrohung angesehen wer-

den. Wir werden nicht aufhören, für unsere Werte einzustehen und sie zu verteidigen. Das gilt auch für die illegale Annexion der Krim und unser Eintreten für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

***freiheit*: Der größte Unruheherd derzeit ist wohl Afghanistan. Wie positioniert sich Österreich hier?**

Schallenberg: Wir beobachten die Lage sehr aufmerksam, da die Taliban momentan das eine sagen und das andere tun. Bei der Vorstellung der „Regierung" beispielsweise hat man das Gefühl, dass die Taliban bereits an der ersten Weggabelung falsch abgebogen sind. Angekündigt war eine inklusive Regierung – die Vorgestellte ist alles andere als das. Wir haben uns in der EU auf eine klare Marschrichtung gegenüber Afghanistan geeinigt und einen Leitfaden für den Umgang mit der künftigen afghanischen Regierung festgelegt. Freiheits- und Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar, es gibt also keinen Blankoscheck.

***freiheit*: Nun wurde seitens Österreichs immer wieder betont, dass die Aufnahme von Migranten aus Afghanistan ausgeschlossen sei. Bleibt es dabei und was tut Österreich anstatt dessen, um den Menschen zu helfen? Die Not ist ja groß…**

Schallenberg: Österreich beheimatet die zweitgrößte afghanische Gemeinschaft pro Einwohner in Europa. Würden Staaten wie Italien, Deutschland oder Frankreich denselben Anteil an afghanischen Staatsangehörigen aufnehmen, müssten sie jeweils zwischen 270.000 und 320.000 Menschen aufnehmen. Viel wesentlicher ist jedoch Hilfe vor Ort und Stabilisierung in der Region. Das machen wir – mit 18 Millionen Euro haben wir das größte Hilfspaket aus dem Auslandskatastrophenfonds geschnürt, das es in Österreich jemals gab. Neben der Unterstützung und Versorgung von Vertriebenen in der Region legt die Bundesregierung dabei einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Frauen und Mädchen.

***freiheit*: Sie waren unlängst vier Tage in der Golf Region. Was ist für Österreich interessant an dieser Region?**

Schallenberg: Die gesamte Region befindet sich derzeit im Wandel. Stichwort: Annäherungen zwischen arabischen Staaten und Israel, Regierungswechsel im Iran, aber auch die Sorge über die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist deutlich spürbar. Gleichzeitig bieten die Golfstaaten enormes wirtschaftliches Potential. Und ich bin überzeugt, dass die wirtschaftlichen Stärken Österreichs sehr viel in der Region beitragen können: von Tourismus-Know-how über den Stahl, die Bauindustrie, über Gesundheitswesen und nachhaltige Energie. Denn die vier Tage in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Saudi-Arabien und im Oman haben gezeigt, das großes Interesse am rot-weiß-roten Know-how besteht.

***freiheit:* Mit den Vereinigten Arabischen Emiraten hat Österreich die sogenannte „Wasserstoffallianz" unterzeichnet. Was kann man sich darunter vorstellen?**

Schallenberg: Die Vereinigten Arabischen Emirate sind Österreichs wichtigster Handels- und Wirtschaftspartner in der Golfregion. Als Leuchtturmprojekt sticht dabei unsere mehr als 25 Jahre alte Energiepartnerschaft hervor. Diese wollen wir jetzt auf Wasserstoff ausweiten und unsere Zusammenarbeit in diesem wichtigen Zukunftsfeld stärken. Die bilaterale Wasserstoffallianz soll dabei einen konkreten Rahmen schaffen, um bei Finanzierung, Forschung, Umsetzung und Handeln gemeinsame Schritte zu setzen. In diese Allianz können wir vor allem das österreichische Know-how im Erdgashandel einbringen.

***freiheit:* Nun haben Sie nicht nur Allianzen in der Golfregion geschlossen, sondern auch in der Nachbarschaft scheint mit den „Central Five" ein ganz gutes Bündnis geglückt zu sein?**

Schallenberg: Genau, gemeinsam mit meinen Amtskollegen aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und Slowenien habe ich kurz nach Ausbruch der COVID-Pandemie die Initiative „C5 – Central Five" gegründet. Denn gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig die Beziehungen zu unserer Nachbarschaft sind. Uns ist deutlich bewusst geworden, wie groß unsere gegenseitige Abhängigkeit ist, Stichwort: Pflegekräfte, Infrastruktur, Erntehelfer, oder wenn zehntausende Menschen jeden Tag nach Österreich zur Arbeit pendeln. Diese guten Beziehungen erlauben es uns auch, schwierige Themen, wo wir deutlich andere Positionen vertreten, klar anzusprechen.

***freiheit:* Werden wir den Beitritt der Westbalkanstaaten noch erleben?**

Schallenberg: Für mich ist die Überwindung des Eisernen Vorhangs erst dann wirklich vollbracht, wenn alle Staaten des Westbalkans Vollmitglieder der Europäischen Union sind. Erst dann können wir davon reden, dass die europäische Integration abgeschlossen ist. Gleichzeitig brauchen wir in der EU auch nicht über geopolitische Strategien reden, wenn wir das in der unmittelbaren Nachbarschaft nicht auf die Reihe bekommen. Ich habe diesbezüglich auch klare Erwartungen an die künftige Regierung in Berlin. Die nächsten Jahre dürfen keine verlorenen für die Region werden, wir müssen uns viel eher auf die Überholspur begeben.

Foto: adobestock

Sonderbetreuungszeit: Verlängerung bis Jahresende durchgesetzt!

Im Frühjahr 2020 wurde die Sonderbetreuungszeit als Corona-Hilfsmaßnahme eingeführt, um Familien und pflegende Angehörige mit besonderen Betreuungspflichten zu unterstützen. Im vergangenen Herbst wurde diese Sonderbetreuungszeit durch einen Rechtsanspruch erweitert, nun wird sie bis zum Ende des Jahres 2021 verlängert und startet in Phase 5.

Anlässlich des Schulstarts in Österreich und des dadurch höheren Risikos steigender Infektionszahlen hat die Bundesregierung beschlossen, den Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit ein weiteres Mal bis 31.12.2021 zu verlängern. Es handelt sich dabei um die bereits vierte Verlängerung seit Beginn der Pandemie. Die Phase 5 wird rückwirkend ab Schulbeginn in Kraft treten.

Betreuungssicherheit gewährleistet

Die Sonderbetreuungszeit wurde im Frühjahr 2020 auf Basis einer Sozialpartnervereinbarung beschlossen, um Beschäftigte mit Betreuungspflichten zu unterstützen. Sie ermöglicht es berufstätigen Eltern, sich freistellen zu lassen, um besondere Betreuungspflichten aufgrund von behördlichen (Teil-)Schließungen oder im Fall einer behördlichen Absonderung (Quarantäne des Kindes) in Anspruch nehmen zu können.

Bis zu drei Wochen Sonderbetreuungszeit bei vollem Gehalt

Durch die Sonderbetreuungszeit wird Betreuungssicherheit gewährleistet und Eltern haben, im Falle einer notwendigen Betreuung des Kindes aufgrund behördlicher Maßnahmen, keine finanziellen Nachteile erfahren. Gleichzeitig wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt. Und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben zudem keine Einbußen zu befürchten, da ihnen 100 Prozent der Kosten für die Freistellung rückerstattet werden. In dieser neuen Phase können Eltern bis zu drei Wochen bei 100 Prozent des fortgezahlten Entgelts Sonderbetreuung in Anspruch nehmen.

Ein Erfolgsmodell

Das Modell hat sich bewährt. Bisher wurden über alle 4 Phasen hinweg über 13 Millionen Euro an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ausbezahlt. 27.261 Personen konnten mit dieser neuen arbeitsrechtlichen Möglichkeit freigestellt werden, um Kinder oder nahe Angehörige zu betreuen. Davon waren 32 Prozent Männer und 68 Prozent Frauen. Insgesamt konnten 47.133 Personen betreut werden, davon waren 92 Prozent Kinder.

Foto: adobestock

Anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung

Eine positive Bilanz über die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung zieht Finanzminister Gernot Blümel: „Wir haben gelernt besser mit der Pandemie umzugehen und damit auch den Schaden auf die Wirtschaft zu reduzieren. Besonders beeindruckend ist der Vergleich zum Vorkrisenniveau – insgesamt liegt die Wirtschaftsleistung 1,1 Prozent über dem Vorkrisenwert.

„Die Wirtschaftsleistung hat sich in allen Sektoren graduell verbessert und liegt nun in allen Sektoren nahe am oder über dem Durchschnittswert von 2019. Durch die gute Entwicklung haben sich auch die Prognosen für das Gesamtjahr verbessert. Während das WIFO im Frühjahr noch von einem Wachstum von lediglich 1,5 Prozent ausging, liegen die aktuellen Prognosen bei +4 Prozent für heuer und +5 Prozent für das kommende Jahr“, erklärt Finanzminister Gernot Blümel anlässlich der Präsentation der aktuellen Daten, Fakten und Prognosen.

Verbesserungen in allen Sektoren

Die Wirtschaftsleistung hat sich in allen Sektoren graduell verbessert und liegt nun in allen Sektoren nahe am oder über dem Durchschnittswert von 2019 (Industrie mit -0,1 Prozent leicht negativ – Teile des Dienstleistungsbereich ebenfalls).

Durch die gute Entwicklung haben sich auch die Prognosen für das Gesamtjahr verbessert. Während das WIFO im Frühjahr noch von einem Wachstum von lediglich 1,5 Prozent ausging, liegen die aktuellen Prognosen bei +4 Prozent für heuer und +5 Prozent für das kommende Jahr.

Diese Entwicklung sei positiv für den Arbeitsmarkt und die Steuereinnahmen und somit auch für das Budget, erläuterte Blümel. Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Zahl der offenen Stellen befindet sich mittlerweile auf Rekordniveau. Neben der Kurzarbeit werden nur zwei Direkthilfen weitergeführt, nämlich der Ausfallsbonus und der Verlustersatz. Die aktuellen Zahlen zeigen einen klaren Abwärtstrend bei der Zahl der Antragsteller und dem ausbezahlten Volumen. Im Jänner gab es etwa beim Ausfallsbonus noch mehr als 110.000 Antragsteller mit einem beantragten Volumen von mehr als 615 Millionen Euro; im Juni gab es noch rund 34.000 Antragsteller (128 Mio. beantragtes Volumen) und für Juli sind bis dato 5.700 Anträge mit einem Volumen von 28 Millionen eingegangen. Beim Härtefallfonds waren es im Jänner noch über 110.000 Antragsteller – im Juni waren es bereits weniger als 70.000. Auch das ausbezahlte Volumen hat sich um ca. 40 Prozent reduziert – von über 140 Millionen Euro auf ca. 85 Millionen Euro.

Fotos: ÖVP Burgenland

Die Eröffnung des Europa-Büros in Oberwart war gut besucht (v.l.n.r.): Bundesrat Bernhard Hirczy, ÖVP-Landesgeschäftsführer Patrik Fazekas, Klubobmann Markus Ulram, Diözesanbischof von Eisenstadt Ägidius Zsifkovics, ÖAAB-Landesobmann und Europa-Abgeordneter Christian Sagartz, Europa-Ministerin Karoline Edstadler, Superintendent Robert Jonischkeit, Bürgermeister von Oberwart Georg Rosner, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Julia Wagentristl, Carina Laschober-Luif und Bürgermeister von Eisenstadt Thomas Steiner

Europa in die Gemeinden bringen

Zuhören, Probleme richtig einschätzen und mehr Menschen für europäische Themen gewinnen - dafür startete Christian Sagartz seine Tour durch die Gemeinden. Fixer Bestandteil der Tour sind Treffen mit Gemeinderäten, sowie eine öffentlich eingeladene Sprechstunde für alle Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger. Persönlich anzutreffen ist der Europa-Abgeordnete auch in seinem neuen Europa-Büro in Oberwart.

Ein Gespür für die Anliegen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger zu haben, ist für jede Politikerin bzw. jeden Politiker wichtig. Dieses Gespür beweisen Bürgermeister, Vizebürgermeister und Gemeinderäte jeden Tag. Gemeinsam mit ihnen möchte Christian Sagartz auch europäische Themen direkt in die Ortsteile und Dörfer bringen – unter dem Motto „Europa in die Gemeinde bringen“ ist der Europa-Abgeordnete seit August auf Tour.

„Was muss sich in der Europäischen Union ändern, damit wieder mehr Menschen an sie glauben? Wie kann Österreich weiterhin von europäischen Möglichkeiten und Mitteln profitieren? Wie schaut das Europa der Zukunft aus?“, nennt der Europa-Abgeordnete beispielhaft Fragen, die er in vielen Gesprächen gemeinsam mit Europa-Interessierten beantworten will.

Neben seiner Tour setzt Christian Sagartz auch auf den persönlichen Kontakt in seinem neu eröffneten Europa-Büro in Oberwart. Die Eröffnung erfolgte mit Europa-Ministerin Karoline Edtstadler und dem Oberwarter Bürgermeister Georg Rosner.

„Mein Europa-Büro in Oberwart ist Treffpunkt für alle, die sich für Europa interessieren. Meine Mitarbeiter in Oberwart und Brüssel stehen für Anliegen und Anfragen gerne zur Verfügung. Grundsätzlich gilt für uns: Keine Idee ist uns zu groß, kein Anliegen zu klein. Wir sind für alle da und schauen darauf, dass die Türen in Europa offen bleiben. Meine Telefonnummer ist übrigens seit über 15 Jahren dieselbe; die hat sich genauso wenig geändert wie meine Arbeitsweise: Ich bin zu 100 Prozent da“, erklärt Christian Sagartz.

„Mein Europa-Büro in Oberwart ist Treffpunkt für alle, die sich für Europa interessieren“, so ÖAAB-Landesobmann und Europa-Abgeordneter Christian Sagartz anlässlich der Eröffnung des Europa-Büros

APA/OGM-Vertrauensindex bestätigt:

Das Vertrauen in den Öffentlichen Dienst ist in Zeiten der Pandemie weiter angestiegen!

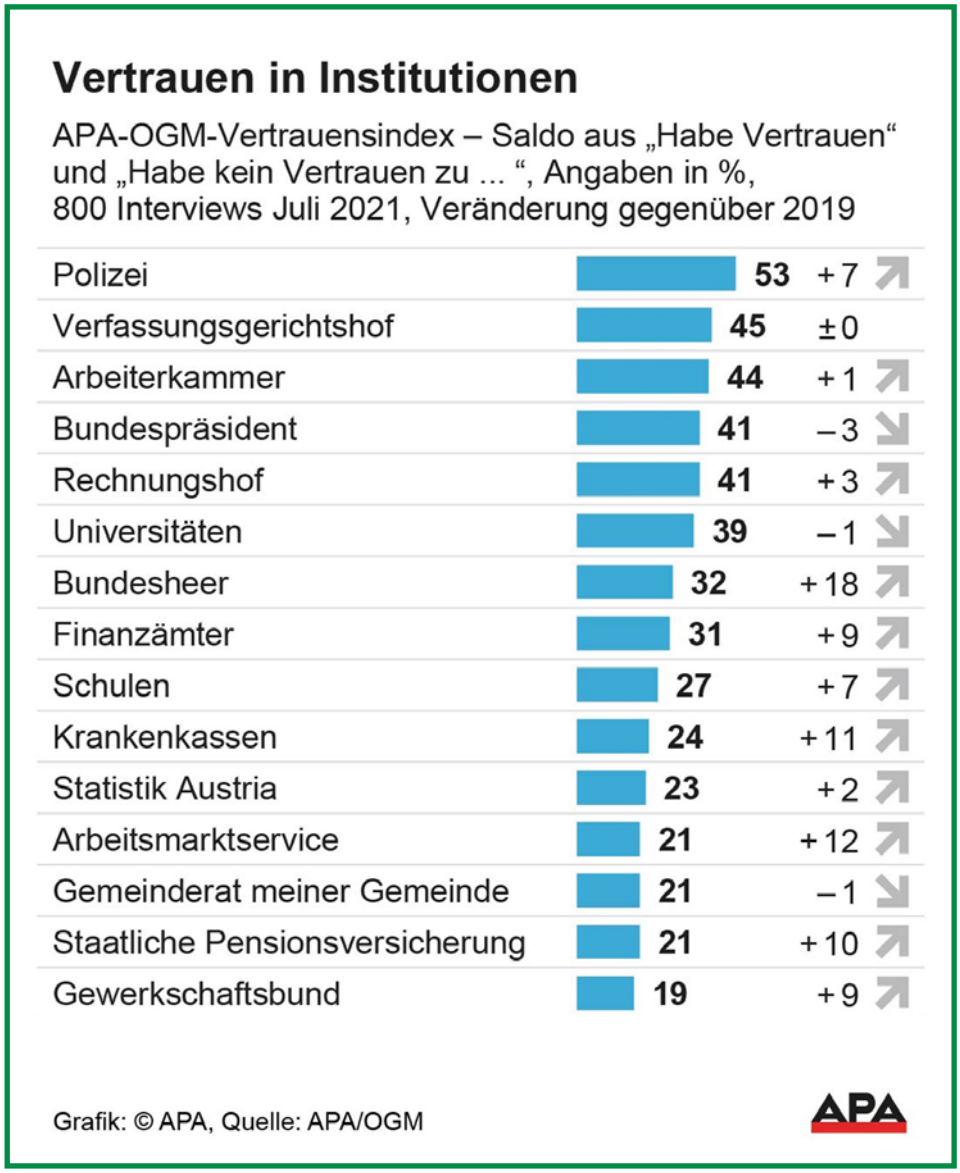
von Anja-Therese Salomon, BA MSc (WU)

Unseren Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst ist es durch ihren unermüdlichen Einsatz in den vergangenen Monaten gelungen, das große Vertrauen in der Bevölkerung noch weiter auszubauen! Das bestätigt der aktuelle APA/OGM-Vertrauensindex[1], worin vielen Bereichen des Öffentlichen Dienstes ein zweistelliger Vertrauenszuwachs seit 2019 beigemessen wird. Das betrifft unter anderem die Kolleginnen und Kollegen des Bundesheeres (+18 Prozent), der Polizei (+7 Prozent), des Arbeitsmarktservices (AMS) (+12 Prozent), der Krankenkassen (+11 Prozent), staatlichen Pensionsversicherung (+10 Prozent), des Finanzamtes (+9 Prozent) sowie den ÖGB (+9 Prozent). Diese Ergebnisse des APA/OGM-Vertrauensindexes zeigen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen und demokratischen Institutionen Österreichs, gerade in Zeiten der Gesundheitskrise, weiter gestärkt wurde.

Norbert Schnedl, GÖD-Vorsitzender, ÖGB-Vizepräsident und FCG-Bundesvorsitzender spricht allen öffentlichen Bediensteten großen Dank aus: „Trotz schwierigster Rahmenbedingungen haben unsere Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst größten Einsatz gezeigt. Sie leisten damit nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Gesundheitskrise. Auch als Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen haben unsere Kolleginnen und Kollegen ihre Verlässlichkeit und die bedeutende Rolle des Öffentlichen Dienstes einmal mehr unter Beweis gestellt. Herzlichen Dank für dieses große Engagement!“

Foto: GÖD

Norbert Schnedl, GÖD-Vorsitzender, ÖGB-Vizepräsident und FCG-Bundesvorsitzender



1 Der Vertrauensindex misst in Zusammenarbeit zwischen OGM und APA seit 20 Jahren das öffentliche Vertrauen in politische Persönlichkeiten, Institutionen, NGOs und große Mitgliederverbände. Der Vertrauensindex errechnet sich aus dem Saldo der Prozentergebnisse auf die Frage „vertrauen Sie ... oder vertrauen Sie nicht?“ Basis dafür sind jeweils 800 Interviews mit repräsentativ ausgewählten Wahlberechtigten in Österreich. Nachzulesen unter https://www.ogm.at/2021/07/30/ogm-vertrauensindex-institutionen-juli-2021/.

entgeltliche Einschaltung

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Josef Smolle

Foto: privat

Josef Smolle vor dem Grazer Uhrturm in seiner Lieblingsstadt Graz

Der Steirer Josef Smolle ist seit Anfang 2018 als Abgeordneter im Nationalrat tätig. Vom Beruf her Facharzt für Dermatologie und Venerologie, ist Smolle als Universitätsprofessor an der Medizinischen Universität Graz aktiv. 2008 bis 2016 war er dort auch Rektor. Er hat mehrere Goldene Ehrenzeichen für seine Verdienste um die Republik, die Steiermark und Oberösterreich erhalten. Als Mediziner war er gerade in der Corona-Pandemie auch als Experte im ÖVP-Klub gefragt. Josef Smolle ist mit der Ärztin Freyja-Maria Smolle-Jüttner verheiratet. Die beiden haben vier Kinder, von denen drei ebenfalls in die „Fußstapfen“ der Eltern getreten und Mediziner geworden sind.

***freiheit:* Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?**

Mein Lieblingsort ist Graz. Hier habe ich studiert und den Großteil meines Berufslebens verbracht. Die Stadt bietet mit ihren vier Universitäten, zwei Fachhochschulen und den vielen innovativen Unternehmen ein großartiges Umfeld für zukunftsträchtige Entwicklungen. Graz vereint die Vorteile einer Großstadt mit kurzen Distanzen und unkomplizierten Abläufen. Unübertroffen ist die Lebensqualität. Wiener Kollegen sind verblüfft, wenn sie uns in unserem Garten besuchen (in dem ab und zu ein Reh vorbeischaut) und feststellen, dass wir zu Fuß fünf Minuten bis zu unserem Arbeitsplatz in der Klinik brauchen.

***freiheit:* Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?**

Hier habe ich mit 19 Jahren bei einem Maturaball meine Frau kennengelernt. Hier habe ich ihr den Heiratsantrag gemacht und in der inzwischen wunderschön renovierten Leechkirche haben wir dann geheiratet.

Foto: privat

Ab und zu kommen Rehe zu Besuch in den Garten von Josef Smolle in Graz

***freiheit:* Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?**

Die historische Altstadt, der Schlossberg, das vielfältige Kulturleben, die Kulinarik – wo soll ich anfangen, wo soll ich aufhören?

***freiheit:* Was ist – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?**

Eindeutig Grado mit seinem italienischen und altösterreichischen Flair, den duftenden Pinien und dem weißen Sand – damit verbinden wir wunderschöne Familienurlaube, als unsere Kinder klein waren!

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Parlamentssanierung: Bauherrenausschuss und Nutzerbeirat

Die Sanierung des Parlamentsgebäudes an der Wiener Ringstraße schreitet voran. Dieses große Bauprojekt begann im Jahr 2017 und wird – nach derzeitigem Planungsstand – im Sommer 2022 abgeschlossen sein.

Natürlich muss ein solches Projekt, das durch die Öffentlichkeit finanziert wird, auch begleitend kontrolliert werden. Das ist im Parlamentsgebäudesanierungsgesetz geregelt. Als das oberste Kontrollgremium im Sanierungsprojekt gilt der sogenannte „Bauherrenausschuss“. Dieser prüft den Projektfortschritt vor allem im Hinblick auf Kosten und Termine. Ihm gehört neben den Mitgliedern der Präsidialkonferenz – also den drei Mitgliedern des Nationalratspräsidiums und den Klubobleuten der Parlamentsfraktionen - auch Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker an. Vorsitzender des Ausschusses ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Der Bauherrenausschuss tritt etwa alle drei Monate zusammen.

In das Sanierungsprojekt sind auch die Nutzer/innen des Parlaments sowie alle fünf Fraktionen eingebunden. Daher wird das Projekt auch vom sogenannten „Nutzerbeirat“ begleitet. Zusammengesetzt ist dieser durch Vertreter/innen der fünf Parlamentsklubs und des Bundesrats sowie Vertreter/innen der Parlamentsdirektion und externen Expert/innen. Der Vertreter des ÖVP-Parlamentsklubs ist ÖVP-Bautensprecher Johann Singer. Der Nutzerbeirat beschäftigt sich vorrangig mit Fragen über die Anforderungen, die Ausgestaltung und die Funktionen des zukünftigen Parlamentsgebäudes.

Splitter aus dem Parlament

Gruppenfoto mit dem Bundeskanzler

Zu einem Gruppenfoto hat sich die ÖVP-Nationalratsmannschaft mit Klubobmann August Wöginger, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundeskanzler Sebastian Kurz zusammengefunden. Diese Gruppenfotos sind seit 1945 eine schöne Tradition im

Foto: ÖVP-Klub/Barbara Nidetzky

ÖVP-Parlamentsklub und finden sich an einer Fotowand wieder.

80. Geburtstag von Andreas Khol

Andreas Khol – ehemaliger ÖVP-Klubobmann und Nationalratspräsident – wurde 80 Jahre alt. Zu diesem Anlass bekam er von Klubobmann August Wöginger alle seine Reden im Parlament in Buchform gebunden. „Andreas Khol ist einer der großen Männer der ÖVP. Seine Bedeutung als Vor- und Nachdenker findet sich auch in seinen gesammelten Reden zum Nachlesen", so Wöginger bei der Feierstunde.

Foto: ÖVP/Jakob Glaser

V.l.n.r.: Bettina Rausch, Georg Strasser, Gaby Schwarz, Axel Melchior, Andreas Khol, Karl Nehammer, Karoline Edtstadler, Alexander Schallenberg, Andrea Eder-Gitschthaler und August Wöginger

Lokalaugenschein nach Hochwasser in Oberösterreich

Auch die Heimat von Klubobmann August Wöginger in Oberösterreich ist durch die Unwetter im Sommer von lokalen Überflutungen, Vermurungen, Hangrutschungen und vollgelaufenen Kellern stark betroffen gewesen. Bei einem Lokalaugenschein informierten sich Innenminister Karl Nehammer, der auch für das staatliche Katastrophen- und Krisenmanagement zuständig ist, und Wöginger in dessen Heimatbezirk

Foto: BMI/Schober

Innenminister Karl Nehammer und ÖVP-Klubobmann August Wöginger (beide Mitte) bei einem Lokalaugenschein anlässlich des Hochwassers in Schärding in Oberösterreich. V.l.n.r.: LAbg. Barbara Tausch, ÖVP-Klubobmann August Wöginger, Johann Floss, KdEÖ (Kameradschaft der Exekutive Österreichs), BM Karl Nehammer, Bezirkspolizeikommandant Matthias Osterkorn, Bgm. Alois Stadler, Landespolizeidirektor-Stv. Alois Lißl

Schärding über die Hochwasserlage und dankten den Einsatzkräften für deren Arbeit und Engagement. „Die Unwetter haben große Schäden hinterlassen und die Bundesregierung unterstützt mit den Bundesländern die betroffenen Gemeinden und geschädigten Haushalte", verwies Wöginger auf die Hilfe aus dem Katastrophenfonds.

OSZE – Kugler und Lopatka mit hohen Funktionen

Zwei neue Funktionen in der OSZE wurden mit ÖVP-Nationalratsabgeordneten besetzt: Bei der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurde der ÖVP-Sprecher für Europa- und Außenpolitik, Reinhold Lopatka, zum Vizepräsidenten der neu gewählten Präsidentin Margareta Cederfelt gewählt. Lopatka ist seit 2013 Mitglied der OSZE-PV und ist derzeit Vorsitzender des Anti-Terrorismus-Komitees sowie

Foto: ÖVP-Klub/Angelika Hatheier

Gudrun Kugler (li.) und Reinhold Lopatka (re.)

Sonderbeauftragter für Zentralasien. Zur Berichterstatterin des 2. Allgemeinen Ausschusses (Wirtschaft, Wissenschaft, Technik & Umwelt) wurde die ÖVP-Sprecherin für Menschenrechte und Vertriebene Gudrun Kugler gewählt. Sie ist derzeit Vize-Vorsitzende des Migrationsausschusses der OSZE-PV.

Buchtipp: Die Wahrnehmung von Corona

ÖVP-Wissenschaftssprecher Rudolf Taschner hat gemeinsam mit Alexander Biach das Buch „Die Wahrnehmung von Corona – Eine Dokumentation des Wiener Wirtschaftskreises" mit Beiträgen zahlreicher renommierter Fachleute verschiedener Wissensrichtungen herausgegeben. Im Rahmen des Wiener Wirtschaftskreises wurden laufend Betrachtungen der Krise und ihrer Auswirkungen vorgenommen, die nun in dieses Werk eingeflossen sind. Von der Wirtschaftskammer gegründet, versteht sich der Wiener Wirtschaftskreis als Thinktank in den Bereichen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. (Hsg.: Wiener Wirtschaftskreis, Wirtschaftskammer Wien, ISBN 9783800077816, Carl Ueberreuter Verlag, gebunden, 22 Euro)

Foto: adobestock

Unfall auf dem Weg zur Arbeit

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer sowie geringfügig Beschäftigte sind unfallversichert. Die gesetzliche Unfallversicherung bietet Schutz vor dem Eintritt und den Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Den gesamten Beitrag zur Unfallversicherung zahlt der Dienstgeber. Was zu tun ist, wenn man in der Arbeit oder auf dem Weg zur Arbeit einen Unfall hat, lesen Sie hier.

Unter einem Arbeitsunfall versteht man einen Unfall, der sich im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der Beschäftigung des Mitarbeiters bzw. mit der selbständigen Erwerbstätigkeit eines Unternehmers ereignet hat.

Arbeitsunfälle sind auch Unfälle, die sich auf einem mit der Beschäftigung zusammenhängenden Weg von der Wohnung zur oder von der Arbeitsstätte zur Wohnung des Beschäftigten ereignen.

Auch Unfälle, die sich auf einem Weg von der Wohnung oder von der Arbeitsstätte zum Arzt und anschließend am Weg zurück ereignen, sofern dem Dienstgeber der Arztbesuch vor Antritt des Weges bekanntgegeben wurde, oder sich die oder der Beschäftigte der Untersuchung aufgrund gesetzlicher Vorschriften (meldepflichtige Krankheiten) oder aufgrund einer Anordnung der Österreichischen Gesundheitskasse unterziehen musste, sind Arbeitsunfälle.

Ebenso als Arbeitsunfälle gelten Unfälle, die sich beim Besuch beruflicher Schulungs- bzw. Fortbildungskurse ereignen, soweit dieser Besuch geeignet ist, das berufliche Fortkommen des Beschäftigten zu fördern.

Obwohl in folgenden Fällen keine berufliche Tätigkeit gegeben ist, gelten auch folgende Unfälle aufgrund besonderer gesetzlicher Anordnung als Arbeitsunfälle:

- bei Betriebsausflügen und Betriebsfeiern, die vom Arbeitgeber veranstaltet und bezahlt werden;
- bei der Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitsmarktförderungsgesetz, z.B. wenn sich ein Arbeitsloser auf dem Weg zum oder vom Vorstellungsgespräch, das ihm vom Arbeitsmarktservice vermittelt wurde, verletzt;
- bei der Hilfeleistung in Unglücksfällen, z.B. eine Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer wird - während sie bzw. er den Verwundeten eines Autounfalls Hilfe leistet - selbst verletzt;
- bei der Ausbildung und Tätigkeit als ehrenamtlicher Helfer bei den Freiwilligen Feuerwehren, bei den Wasserwehren und des Roten Kreuzes.

Bei einem Arbeitsunfall ist möglichst rasch der Arbeitgeber zu verständigen. Der Arbeitgeber bzw. der behandelnde Arzt müssen eine Unfallmeldung an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt schicken. Es ist auch sinnvoll, den Betriebsrat davon zu informieren.

Soziale Absicherung nach Arbeitsunfällen

Die gesundheitlichen Folgen eines Arbeitsunfalles sind oft schlimm genug. Es gibt aber Hilfestellungen zur Sicherung der Existenz:

- Versicherte können eine Umschulung bekommen, wenn sie aufgrund der Folgen des Unfalls in ihrem Beruf nicht weiter tätig sein können. Bei bleibenden gesundheitlichen Schäden erhalten Versicherte eine monatliche Versehrtenrente von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA).
- bei einem tödlichen Arbeitsunfall erhalten Hinterbliebene auch Hinterbliebenenrenten sowie einen Beitrag zu den Bestattungskosten

Wer bekommt welche Rente?

» **Befristete Rente:** Die Unfallversicherung stellt fest, ob ein Arbeitsunfall vorliegt und wie sehr die Arbeitsfähigkeit gemindert ist. Ist die Arbeitsfähigkeit länger als drei Monate um mehr als 20 Prozent gemindert, erhält man eine befristete Rente.

» **Unbefristete Rente:** Wenn nach zwei Jahren immer noch mindestens 20 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit vorliegen, erhält man die Rente unbefristet. Das gilt auch dann, wenn man weiterhin arbeitet oder in Pension ist. Die Höhe ist abhängig davon, wie sehr die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt ist und wie viel man im Jahr vor dem Unfall verdient hat.

» **Gesamt-Dauerrente:** Sind bereits Folgen aus einem oder mehreren Arbeitsunfällen vorhanden, so werden diese nach zwei Jahren - bei der Feststellung der Dauerrente - mitberücksichtigt und zu einer Gesamtdauerrente zusammengefasst.

» **Hinterbliebenen-Rente:** Endet ein anerkannter Arbeitsunfall tödlich, haben die Angehörigen - Witwe/r und Waisen - Anspruch auf Hinterbliebenenrenten.

Arbeitsunfall muss belegbar sein

Die Leistungen der Unfallversicherung gibt es aber nur dann, wenn ein Unfall tatsächlich als Arbeitsunfall anerkannt wird. Der Nachweis dafür ist bei Unfällen am Dienstort relativ leicht zu erbringen.

Schwieriger wird es bei Unfällen unterwegs. Hier muss belegt werden, dass die gewählte Route die direkte und dienstlich notwendige war und nicht ein „privater Abstecher“ vorliegt.

Wo und wann muss man den Rentenantrag stellen?

Nachdem der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) über den Arbeitsunfall informiert hat, meldet sich diese bezüglich genauer Erhebung des Unfalls und Feststellung der Rente meist von sich aus. Bei scheinbar kleinen Verletzungen, deren schlimme (Spät)-Folgen von der AUVA nicht voraussehbar sind, geschieht das häufig nicht. Um jedoch oft Jahre danach einen Zusammenhang zwischen Arbeitsunfall und Erkrankung belegen zu können, ist es sinnvoll, von sich aus aktiv zu werden und einen Rentenantrag bei der AUVA zu stellen.

Unterwegs in Österreich

Foto: ÖAAB

Christopher Drexler feierte seinen 50. Geburtstag

Feste soll man feiern wie sie fallen. Und Christopher Drexler, Landesrat und Landesobmann des Steirischen ÖAAB, hatte kürzlich einen ganz besonderen Grund dazu: Er feierte seinen 50. Geburtstag auf der Latschenhütte auf der Teichalm in der Oststeiermark nach. Zahlreiche Wegbegleiter aus Politik und Wirtschaft, unter anderem Bundeskanzler Sebastian Kurz, Finanzminister Gernot Blümel, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die ehemaligen steirischen Landeshauptleute Waltraud Klasnic sowie Franz Voves, stellten sich bei der Feier als Gratulanten ein. Auch der ÖAAB war prominent vertreten: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits waren zu Gast. Im Bild: Der Jubilar Christopher Drexler (Mitte) mit Gattin Iris (re.) und ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger

Foto: ÖAAB

Karl Zallinger ist 60 Jahre jung!

Der Salzburger ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger hatte anlässlich seines 60. Geburtstag zum Salzburger „Jägerwirt“ zu einem fulminanten Fest geladen. Neben zahlreichen Landesrätinnen und Landesräten, dem Salzburger Bürgermeister Harry Preuner und dem Team des ÖAAB Salzburg warteten auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits und die gesamte Spitze des Salzburger ÖAAB sowie viele weitere Ehren- und Festgäste mit Geburtstagsgrüßen auf. ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (li.) überraschte den Jubilar Karl Zallinger (Mitte) mit Schmankerln aus seiner burgenländischen Heimat. Auch Landesgeschäftsführer Jure Mustac (re.) gratulierte seinem Landesobmann.

Foto: ÖAAB Kärnten

Neues Team beim ÖAAB Völkermarkt!

Stadtrat Andreas Sneditz wurde kürzlich bei den Neuwahlen vom ÖAAB Völkermarkt zum neuen Obmann gewählt und übernimmt somit das Amt von seinem Vorgänger Rudolf Marin. Sneditz künftig zur Seite stehen werden seine Stellvertreter Hartwig Schulnig und Paul Mori, Organisationsreferent Johannes Terpetschnig und die beiden Schriftführer Eva Maria Schäfermeier und Elmin Tihic. Der Fokus des neuen Teams liegt auf der Erweiterung des Angebots für alle ÖAAB-Mitglieder in den Bereichen Weiterbildung und Sport sowie der bestmöglichen Vertretung aller Arbeitnehmer. Im Bild: Das neue Team des ÖAAB Völkermarkt (v.l.n.r.): Eva Maria Schäfermeier, Almin Tihic, Landesgeschäftsführer des ÖAAB Kärnten Markus Mischensky, Andreas Snedirz, Paul Morri, Hartwig Schullnig, Landesobfrau des ÖAAB Kärnten Angelika Kuss-Bergner und Hannes Terpetschnig

Foto: NÖAAB

Abenteuerreicher Tag beim NÖAAB-Familienfest

Als Zeichen des Dankes an die NÖAAB-Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre für die herausfordernde Zeit in den vergangenen Wochen und Monaten wurde, bereits zum sechsten Mal, zum NÖAAB-Familienfest geladen. Erstmalig fand das Familienfest heuer im Tierpark Haag statt. Der Tierpark Haag ist eine Attraktion für Jung und Alt und eignet sich optimal für gemeinsame Ausflüge mit der gesamten Familie. Beim NÖAAB-Familienfest waren außerdem wieder viele spannende Aussteller vor Ort. So hatten die Familien die Möglichkeit die eigene Geschicklichkeit zu testen, Badesalz herzustellen, bei einem Kräuterquiz mit zu rätseln, Fitnessgeräte zu testen, Riesenseifenblasen zu machen und die Trendsportart Football für sich zu entdecken. Im Bild: NÖAAB-Landesobfrau Christiane Teschl-Hofmeister bei der Fütterung der Erdmännchen

Foto: Steirischer ÖAAB

„Neue Zeiten. Neue Arbeit. Neues Miteinander“

Unter diesem Motto luden die ÖAAB Frauen Graz zu einer Veranstaltung in den Steirischen Landtagsklub in Graz. Die Landesvorsitzende der steirischen ÖAAB Frauen Barbara Riener, konnte als Referentinnen die Bundesvorsitzende der ÖVP Frauen Juliane Bogner-Strauß und ÖAAB-Bundesfrauenvorsitzende Gertraud Salzmann gewinnen. Diese gab einen kurzen Einblick in das neue DNA-Reformprogramm des ÖAAB und ihre Arbeit als Parlamentarierin. Besonders die Themenbereiche Arbeitswelt und Bildung standen im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Bundesfrauenvorsitzende Gertraud Salzmann, ÖAAB-Landesfrauenvorsitzende Barbara Riener und Bundesvorsitzende der ÖVP Frauen Juliane Bogner-Strauß

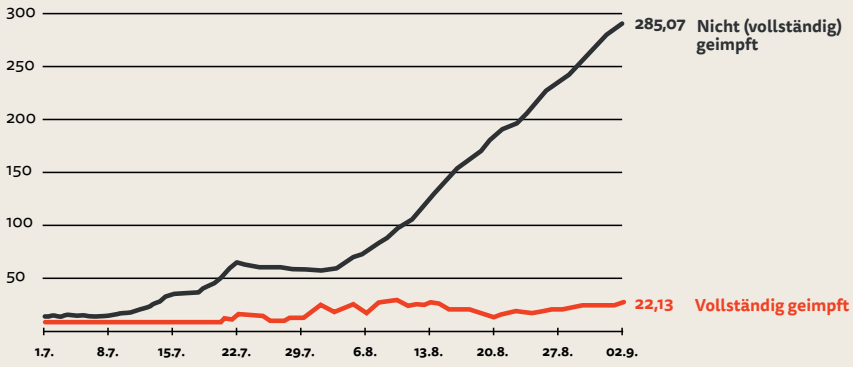
ÖAAB trauert um Franz Hemm

Am 22. Juli verstarb überraschend der ehemalige Vizepräsident der Arbeiterkammer NÖ, Franz Hemm aus Wiener Neudorf. Franz Hemm war 13 Jahre Vizepräsident der Arbeiterkammer Niederösterreich, 17 Jahre Kammerrat und bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2019 Zentralbetriebsratsvorsitzender der EVN. Seit ganzes Leben lang war Franz Hemm mit dem ÖAAB verbunden. Es war ein umsichtiger Arbeitnehmervertreter, verlässlicher Sozialpartner und leidenschaftlicher Niederösterreicher. Sein wertschätzender Zugang und Umgang mit Kolleginnen und Kollegen in seiner Dienststätte, der EVN, und allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, in seiner Kammer-, Gewerkschafts- und Parteifunktion, wird uns noch lange im Gedächtnis bleiben. Der ÖAAB trauert um eine verdiente und engagierte Persönlichkeit.

Initiative Österreich impft.

Eines ist sicher. Impfen wirkt.

Infektionen nach Impfstatus 12 – 17 Jahre



7-Tage-Inzidenzen, Datenstand 03.09.2021, Datenquellen EMS/AGES-Covid-19 Datenbank und e-Impfpass

Die Zahlen zeigen ein deutliches Bild: Die Corona-Schutzimpfung verhindert einen Großteil der Infektionen, schützt sehr effektiv gegen schwere Krankheitsverläufe und bremst die Weitergabe des Virus.

Holen Sie sich jetzt Ihre Impfung.

unentgeltliche Einschaltung

Eine starke GÖD-FCG

Foto: Hans Schabus

Im Mittelpunkt der Mensch

www.goedfcg.at

göd.fcg

Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.